

## Chronik eines Schauprozesses

Report des Pusztaleaks-Kollektivs vom 3. Februar 2011

[www.pusztaranger.wordpress.com](http://www.pusztaranger.wordpress.com)

In den letzten Wochen führt die regierungsnaher Presse eine aggressive Hetzkampagne gegen bedeutende ungarische Philosophen, so Ágnes Heller, Professorin u.A. an der New York New School for Social Research, die neben zahlreichen Auszeichnungen vor etwa einem halben Jahr auch die Goethemedaille erhielt; gegen Mihály Vajda, ebenfalls Professor an verschiedenen Universitäten in Kanada und Deutschland, und den international anerkannten Professor Sándor Radnóti, sowie drei ihrer Kollegen. Die teils regierungskritischen, teils der Orbán-Regierung politisch nicht genehmen Wissenschaftler werden beschuldigt, eine halbe Milliarde Forint an Forschungsgeldern veruntreut zu haben.

In Fachkreisen schlug die Sache bereits internationale Wellen:

[Hetzjagd auf Philosophen in Ungarn: Offener Brief](#) des Wuppertaler Philosophieprofessors László Tengélyi;

SZ: [Aufruf von Habermas und Nida-Rümelin : Schützt die Philosophen!](#)

Siehe auch [Krieg dem »fremden Geist«](#)- Karl Pfeifer in der Jüdischen Allgemeinen.

Im Folgenden möchten wir etwas mehr Kontext und Hintergründe liefern, denn diese Geschichte ist nicht nur für Philosophen interessant. Eine wissenschaftliche Einrichtung, Medien und Politik arbeiten derzeit in konzertierter Aktion daran, prominente Kritiker und "Feinde" der Orbán-Regierung juristisch zu belangen und mundtot zu machen. Die Frage ist nur, ob auch die Justiz das mitträgt.

### Kurzüberblick:

- Ein Abrechnungsbeauftragter im Erfolgszwang
- Medienhetze gegen "liberale Juden"
- Die Vorwürfe
- Die Betroffenen weisen die Vorwürfe zurück
- Schnelle Lösungen - bewährte Methoden
- Die Rolle der Institutsleitung
- Die Vorgeschichte (2009/2010):
  - Eine Weihnachtsfeier mit Folgen
  - Ein Vizedirektor mit Agenda
  - Wer war Mr. X?
  - Die Säuberungen am Institut
- Institutsleiter Boros und die Unschuldsvermutung
- Die siegreiche "konservative Revolution" und ihr Chefideologe
- Fazit

### Ein Abrechnungsbeauftragter im Erfolgszwang

Hauptankläger der Kampagne ist Gyula Budai, der Abrechnungsbeauftragte der ungarischen Regierung, von Viktor Orbán ernannt, um Verfehlungen der beiden sozialisti-

schen Vorgängerregierungen in der Zeit von 2002-2010 aufzudecken. Sein ehrgeizigstes Projekt ist es, ehemalige Regierungsmitglieder vor Gericht zu bringen, speziell die Ex-Premiers Gyurcsány und Bajnai (siehe z.B. Pester Lloyd:

[Ungarische Ex-Premiers Bajnai und Gyurcsány der Falschaussage bezichtigt](#) 30.07.2010, und [Anklage gegen Ex-Premier von Ungarn in Vorbereitung](#), 4. Nov. 2010). Bislang wurden seine Bemühungen jedoch nicht von Erfolg gekrönt.

Mit der aktuellen Kampagne gegen die Philosophen schlägt die Orbán-Regierung zwei Fliegen mit einer Klappe. Sie macht kritische Intellektuelle von internationalem Ruf mit einer medialen Hetzkampagne mundtot, noch bevor ihnen irgendetwas bewiesen ist. Letztlich aber richtet sich die Kampagne gegen den ehemaligen liberalen Wissenschaftsminister Bálint Magyar, dem damals das Amt für Forschung und Technologie unterstand, das die Forschungsgelder auszahlte.

Der [Artikel](#) der Magyar Nemzet, der am 8.1. 2001 den Auftakt der Kampagne bildete, brachte in großer Aufmachung Fotos von Agnes Heller, Sándor Radnóti, Mihály Vajda und Bálint Magyar.



(Fotos von Blog quatsch: [Funding Philosophy in Budapest.](#))

### Medienhetze gegen "liberale Juden"

In den regierungsnahen Medien wie Magyar Nemzet und Magyar Hírlap werden die Betroffenen als eingeschwoener konspirativer Zirkel dargestellt und meist kollektiv als "die Philosophen" oder "Hellers Bande" bezeichnet. Und die regierungsnahen Medien vermitteln das Bild, als ob "Hellers Bande" die Millionen "schubkarrenweise" aus dem Philosophischen Forschungsinstitut der Ungarischen Akademie der Wissenschaften gestohlen hätten (so auf der Titelseite des Magyar Hírlap vom 8.1.). Da interessiert nicht, daß längst nicht alle der Betroffenen als Berater der Vorgängerregierung tätig waren oder politisch der liberalen Partei SZDSZ nahe standen, wie ihnen in der rechten Presse vorgeworfen wird; auch können sie vergeblich betonen, daß sich zwar untereinander kennen (Ungarn ist ja ein kleines Land), sich deshalb aber noch lange nicht als "Gruppe" sehen (so der Betroffene Mihály Vajda im Interview, s.u.). Was sie in den Augen der Anklage zu einer eingeschwoenen Gemeinschaft macht, ist schlicht die Tatsache, daß sie jüdisch sind oder dafür gehalten werden. So wird auf der Titelseite des Magyar Hírlap vom 8.1. besonders darauf hingewiesen, daß György Gábor, einer der Betroffenen, sich auch "bei der Antisemitismusforschung hervorgetan" habe. Neben seiner Stelle am philosophischen Institut der MTA ist Gábor auch Professor an der Jüdischen Universität Budapest [ORZSE](#). Und die regierungsnahen Medien haben sich auf ihn eingeschossen, obwohl er nicht einmal der Projektleiter war. Er und sein

Kollege [György Geréby](#), die SZDSZ-Anhänger sind, wurden von der regierungsnahen Presse quasi zu Projektleitern "befördert", um sie ebenfalls anklagen zu können.



Auch der Abrechnungsbeauftragte Gyula Budai scheint von der Grundannahme auszugehen, daß das öffentliche Leben in Ungarn in den letzten acht Jahren von einer "Gruppe von Unberührbaren" gelenkt wurde, die auf höchster Stelle Millionen von Fördergeldern so umleiten konnten, daß in erster Linie die "eigenen Leute" davon profitierten. Und seine Aufgabe ist es nun, das zu beweisen.

In einem aktuellen Interview im [Magyar Forum](#), der Parteizeitung der rechtsextremen Partei MIÉP mit dem Titel "Die Interessen der Unberührbaren" vom 27.1.(Printversion) erklärt er seinen Auftrag folgendermaßen:

"Hier geht es um die Interessen der Unberührbaren, die öffentlichen Personen der letzten zwanzig und vor allem der letzten acht Jahre. Da machen wir gar kein Geheimnis draus. Jeder weiß doch, daß diese Damen und Herren, die mich und die Regierung derzeit beschuldigen, politische Schauprozesse zu konzipieren, tatsächlich zur liberalen Intelligenz, zum Dunstkreis der SZDSZ gehören, die heute nicht mehr existiert. Im Wesentlichen waren sie diejenigen, die (damals) auf der Grundlage ihres Geschmacks und ihrer Vorstellungen (...) über die Prioritäten auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft und der Kunst entschieden haben. (...) Das Interessanteste (an diesem Fall) ist, daß es das Amt für Forschung und Technologie war, das dieses Förderprogramm entwickelt, die Projekte ausgeschrieben und auch über die Vergabe der Mittel entschieden hat. Dort stand eine bedeutende Geldquelle zur Verfügung, von der Mittel mit fadenscheinigen Begründungen zu den ausgewählten Philosophen umgeleitet werden konnten, deren Projekte die Ausschreibung später auch gewonnen haben."

Er ergeht sich hier in dunklen Andeutungen, aber die Leser des rechtsextremen, explizit antisemitischen Magyar Forum wissen Bescheid, wer da gemeint ist. So, wie Budai seine Aufgabe kommuniziert, ist sie in erster Linie ideologisch motiviert.

### **Die Vorwürfe**

Laut Budai sei im Fördervertrag des Nationalen Amtes für Forschung und Technologie (NKTH), das dem letzten Institutsleiter Borbély 70,5 Mio. HUF für sein Projekt bewilligte, die Hinzuziehung von externen Honorarkräften nicht vorgesehen gewesen; trotzdem seien für dieses Projekt 16 Verträge abgeschlossen worden, darunter mit Borbélys eigener Firma und den Firmen seiner Mitarbeiter. (Daß Wissenschaftler einer staatlichen Forschungseinrichtung ihre eigene Firma - Kommanditgesellschaft oder GmbH - haben, bedeutet nicht, daß sie gleichzeitig lukrativ in der freien Wirtschaft unterwegs wären, sondern ist in Ungarn die Voraussetzung dafür, Rechnungen für Honorarverträge ausstellen zu können. In Ungarn hat jeder prekäre Freiberufler seine eigene Kommanditgesellschaft.)

Einer der Betroffenen, György Geréby, war nie Mitarbeiter des Instituts; ihm und anderen Projektteilnehmern wird allerdings vorgeworfen, daß sie zeitgleich zu diesem Projekt auch noch Stellen an unterschiedlichen Universitäten innehatten und Auszahlungen an sie somit gesetzwidrig gewesen seien, da sie ihr Gehalt für ihre Forschungsarbeit bereits von der Universität bezogen.

Ágnes Heller (hier die [Seite](#) ihres Projekts, es wurde mit 53,900 Mio. HUF gefördert), Mihály Vajda (90 Mio. HUF) und Sándor Radnóti (90 Mio. HUF) wird vorgeworfen, dass die Verwendung der Fördergelder nicht dem Ausschreibungstext der Bewerbung entsprochen hätte.

Außerdem, so der Abrechnungsbeauftragte, dürfe das Nationale Amt für Forschung und Technologie ([NKTH](#)) mit seinem naturwissenschaftlichen und technologischen Schwerpunkt eigentlich gar keine geisteswissenschaftlichen Projekte fördern, was er in der Presse als Indiz dafür kommuniziert, daß die Bewilligung der Projektanträge auf rein willkürlicher Grundlage erfolgt sei.

Aus der Übersicht der [2004](#) und [2005](#) bewilligten Projekte wird allerdings deutlich, daß die betroffenen Projekte keineswegs die einzigen geförderten geisteswissenschaftlichen Projekte waren - 2004 wurden 25 geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Projekte mit insgesamt 1 455 140 000 HUF gefördert; 2005 waren es 10 Projekte mit insgesamt 489 600 000 HUF, aus einem Gesamtbudget von 11 Mrd. HUF.

Denn tatsächlich ist es so, daß der bisherige Fördertopf für gesellschaftswissenschaftliche Forschungen mit einem Budget von 1,5 Mrd. HUF 2003 in das NKTH einverleibt und gleichzeitig festgeschrieben wurde, mindestens 1,5 Mrd. HUF für geisteswissenschaftliche Projekte vorzusehen (s. Leserbrief von Geréby in *Heti Válasz*, 27.01.2011, Printausgabe).

Auch wurden vom NKTH unter den beiden sozialistischen Regierungen längst nicht nur "liberale" Projekte gefördert, wie die regierungsnahen Presse behauptet, sondern auch Projekte bekennend konservativer Wissenschaftler, sowie Projekte kirchlicher Träger zur Pfarrerausbildung.

Vielmehr wurden vom Abrechnungsbeauftragten Budai *nur die Projekte der betroffenen Philosophen gezielt ausgesucht und zur Überprüfung angefordert*.

Mittlerweile hat die linke Zeitung 168ora eine [Liste von Wissenschaftlern](#) des politisch rechten Spektrums erstellt, die nach 2001 bedeutende Fördersummen vom NKFP erhielten. Die meisten sind Mitglieder der Batthyány-Gesellschaft der Professoren (Anm.: siehe mein [Post](#)), und erhielten, wie auch die angegriffene "Agnes Heller und ihr Kreis", zweistellige Millionenbeträge. So erhielt auch [J.C. Nyíri](#) (mehr zu ihm s.u.), der im Zusammenhang mit dem Skandal die Philosophie in den Medien als eigentlich "[billige Wissenschaft](#)" bezeichnet hatte, 2001 43 Mio. HUF.

Zu diesen Tatsachen wollte der Abrechnungsbeauftragte Budai sich gestern nicht äußern, da er den Artikel von 168ora nicht gelesen habe ([Népszava](#)).

Das Gesamtsystem der Verteilung dieser Gelder wird in Budais Kommunikation und den regierungsnahen Medien bislang überhaupt nicht thematisiert. Die Orbán-Regie-

ung gab im Juli 2010 eine Untersuchung über die Tätigkeit des NKTH zwischen 2004-2007 in Auftrag, wo u.a. festgestellt wurde, daß die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich der zu fördernden Forschungsinhalte in diesen Jahren unklar und unüberschaubar geworden seien ([Untersuchungsbericht](#); vgl. [NOL](#)).

Wenn dem so ist, kann man dies jedoch nicht den einzelnen Bewerbern vorwerfen; auch nicht den Mitarbeitern der NKTH, die aufgrund dieser unüberschaubaren Bestimmungslage Förderanträge bewilligt haben.

### **Die Betroffenen weisen die Vorwürfe zurück**

Die Betroffenen sehen die ganze Sache ausnahmslos als politisch motivierte Kampagne gegen Andersdenkende; die Vorwürfe bezeichnen sie als haltlos.

*Ágnes Heller* äußerte sich noch am 16.1.:

[Ágnes Heller: Inquisition of Hungarian Philosophers](#)

In der gleichen Aufnahmesession wurde noch ein [40minütiges Interview mit ihr](#) auf Ungarisch aufgenommen; eine editierte Textfassung bei der [Népszabadság](#).

*Gábor Borbély* im Interview mit der [Népszabadság](#) (19.1.)

[Interview mit Mihály Vajda](#) (auf Deutsch, 22.1.) sowie mit tagblatt.de: [Wir haben keine politische Intelligenz](#) (3.2.)

Interview mit Sándor Radnóti, [168ora](#) (25.1.)

Wenn die Betroffenen schuldig gesprochen werden, verlieren sie ihre berufliche Existenz. Die älteren von ihnen, Heller und Vajda, sind bereits im Ruhestand; Radnóti könnte schlimmstenfalls in den Ruhestand gehen. Aber die jüngeren Betroffenen - wie Gábor Borbély, György Gábor und György Geréby - werden als Vorbestrafte nicht einmal mehr in einer Grundschule unterrichten können.

### **Schnelle Lösungen - bewährte Methoden**

In der Presse hieß es, Budais Ermittlungen seien durch von der Magyar Nemzet enthüllte Fakten angeregt worden; der Artikel, der den Auftakt zur Hetzkampagne lieferte, war vom Samstag, dem 8.1. Allerdings wurde die erste Anzeige gegen das Projekt von Gábor Borbély) am 8.1. auf [Budais Homepage bekanntgegeben](#), und auch *Magyar Hírlap* brachte sie am selben Tag auf dem Titel und gab die Anzeige gegen Borbélys Projekt bekannt. Budais Anzeigedokument, das in der Printversion der *Magyar Nemzet* vom 10.01.2011 abgedruckt wurde, ist allerdings schon vom 05.01.2011 datiert ([hier als Pdf](#)).

Daß Budai auch gegen fünf weitere Projekte "liberaler" Philosophen ermitteln würde, die zur selben Zeit aus demselben Programm Fördergelder erhalten hatten wie Borbélys Projekt, wurde zwei Tage später, am 12.1. [bekannt](#); am 14. 1. wiederum war in der *Magyar Nemzet* zu [lesen](#), daß Budai aufgrund der früheren Recherchen der *Magyar Nemzet* die Ermittlungen bereits am 10. begonnen hätte.

Am 18. 1. berichtete die *Magyar Nemzet*, daß auch bei anderen Projekten polizeiliche



Ermittlungen angekündigt worden seien; am 21.1. erstattete Budai Anzeige gegen die Projekte von Ágnes Heller und Mihály Vajda.

Dieses unglaubliche Tempo dürfte der Tatsache geschuldet sein, daß Budai das "heiße Material" der Magyar Nemzet bereits bekannt war. Denn zumindest im Fall von Borbély's Projekt war das Material nicht mehr neu, sondern bereits ein halbes Jahr alt: Das Projekt war nämlich bereits im Juli 2010 schon einmal angezeigt worden. Damals hatte eine "Privatperson, die ungenannt bleiben wollte," der Magyar Nemzet vertrauliche Institutsunterlagen zugespielt und Anzeige bei der Staatsanwaltschaft erstattet. Ab September ermittelte das Budapester Polizeipräsidium, und eigentlich hätte die Angelegenheit mittlerweile vor Gericht kommen oder als unbegründet eingestellt werden müssen. Stattdessen machte Budai sie im Januar zur Chefsache und erstattete erneut Anzeige. Und dann nahm er sich auch die Projekte von Borbély's unliebsamen Kollegen vor.

### **Die Rolle der Institutsleitung**

Die bitter benötigte fachliche Expertise liefert dem Abrechnungsbeauftragten Budai der Direktor des Philosophischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, [János Boros](#) (s. *Magyar Nemzet*, 12. 01. 2011, S. 4. und *Magyar Nemzet Online*, 14. 01. 2011.) In anderen Ausgaben der Zeitung werden auch andere Experten zitiert, vor allem Prof. Dr. J.C. (Kristóf) Nyíri.

*(Im Folgenden berufen wir uns auf die Zusammenfassung eines ungarischen Philosophen an internationale Kollegen, die wir aus verlässlicher Quelle bekommen haben. Sobald sie anderswo veröffentlicht wurde, wird der Beleg nachgereicht.)*

Prof. Dr. J.C. Nyíri war derjenige, der den derzeitigen Institutsleiter Boros 2009 gegen den Willen der Mitarbeiter durchsetzen konnte, der wiederum [Tamás Demeter](#), einen Lieblingsschüler von Nyíri, zum Vizedirektor ernannte.

Nach einer Routineüberprüfung der Akademie, in der einige kleinere Unregelmäßigkeiten in Borbély's Projekt festgestellt wurden, brachten Boros und Demeter die Projektunterlagen zu Boros' Anwalt Trinn und ließen von ihm eine formelle Strafanzeige aufsetzen. Diese wurde im Juli 2010 von einer "Privatperson, die ungenannt bleiben wollte", bei der Staatsanwaltschaft eingereicht.

Boros behauptet, es nicht gewesen zu sein, und zwar deshalb, weil er erfahren habe, daß bereits anonym Anzeige erstattet worden war. (siehe z.B. [hvg](#), 11.1. 2011)

Die Polizei begann im Herbst 2010 zu ermitteln und befragte die damaligen Institutsangestellten. Dann verpuffte die Sache, der Projektleiter Borbély selbst wurde nie befragt. Und dann landete dieselbe Anzeige auf dem Tisch des Abrechnungsbeauftragten der Regierung, der am 5.1. 2011 noch einmal Anzeige stellte.

Gyula Budai hat seinen Sitz im Büro des Premierministers. Und zufällig hat der bereits erwähnte Tamás Demeter dorthin gute persönliche Beziehungen.

"The rest is history", heißt es am Schluß der Mail.

Der Abrechnungsbeauftragte der Orbán-Regierung konnte sich bei seiner Anzeige auf die von der Institutsleitung im Sommer 2010 geleistete Vorarbeit stützen. Vergleicht man die Formulierungen, die die *Magyar Nemzet* noch im Juli 2010 aus dem Text der

Strafanzeige gegen das Borbély-Projekt (aufgesetzt von Rechtsanwalt Trinn) [wiedergegeben hat](#), mit den entsprechenden Textabschnitten aus Budais Anzeige vom 5. Januar 2011 (Magyar Nemzet, Printausgabe vom 10.1.2011, PDF s.o.), so sieht man, daß sie identisch sind.

Es handelt sich um den Satz:

„Logikailag ugyanis kizárható, hogy a szellemi kapacitás hiánya egyszerre igaz lehessen az intézet oldalán, ugyanakkor pedig ugyanazon személyek ugyanazon feladatot mint gazdasági társaság tagjai „teljes szellemi "kapacitással" el tudják látni.“

So gestern auch in der [Népszava](#) zu lesen; dort wird als Urheber der ersten Anzeige der junge Vizedirektor des philosophischen Forschungsinstituts, Tamás Demeter benannt.

Aber der Reihe nach.

### **Die Vorgeschichte 2009/2010: Eine Weihnachtsfeier mit Folgen**



György Gábor



Tamás Demeter

Auf der Weihnachtsfeier des Instituts am 21.12.2009, auf der der alte Institutsleiter Mihály Vajda (Betroffener) verabschiedet wurde, kam es zu einem Streit zwischen György Gábor (Betroffener), der eigentlich der Favorit der Mitarbeiter für den Direktorposten gewesen wäre, und Tamás Demeter, der für den neuen Institutsleiter Boros war. Demeter behauptete auf dem Fest, der ehemalige Institutsleiter Borbély (Betroffener) würde Forschungsgelder unterschlagen, worauf ihn Gábor, der an Borbélys Projekt als Teamleiter teilgenommen hatte, zur Rede stellte. Dann eskalierte die Situation, Demeter beschimpfte Gábor, verlogen zu sein - "deine Spezies ist einfach verlogen" (a te fajtád szokott hazudozni). Als Gábor fragte, was genau er damit meine, sagte Demeter, "genau das, woran du denkst, du weißt ganz genau, wovon ich rede. (...) Deine Mischpoche ist verlogen." Das ist in diesem Kontext als Synonym für "deine Spezies" - "deine jüdische Rasse" zu verstehen. György Gábor schilderte die Geschichte später in der [Népszava](#).

Als Resultat dieses Streites bekamen die Anwälte zu tun.

Gábor Borbély forderte Demeter über seine Anwältin auf, seine Behauptungen schriftlich zu widerrufen, sonst würde er Anzeige wegen Verleumdung erstatten. Dem kam Demeter im März 2010 auch nach. Doch er wiederum reichte gegen die Népszava wegen des Artikels eine Verleumdungsklage ein. Für seine Äußerungen entschuldigen

wollte er sich nicht; vielmehr klagte er auch gegen Gábor persönlich wegen Ehrverletzung - Gábor hätte ihn darin als Antisemiten dargestellt.

Im April wurde Demeter vom neuen Institutsleiter Boros zum Vizedirektor ernannt, ohne daß es von Seiten des Instituts oder gar der Ethikkommission der Akademie eine Untersuchung der Vorfälle auf der Weihnachtsfeier gegeben hätte.

### **Ein Vizedirektor mit Agenda**

Im März 2010 war am Institut eine akademische Routineuntersuchung durchgeführt worden, sie bezog sich auf alle Finanzangelegenheiten der Periode 1.1. 2006 - 31. 12. 2009, so auch auf das Borbély-Projekt. Dabei stellte sich heraus, daß Gelder über eine auf Borbély eingetragene Firma abgerechnet worden waren. Bis auf diese Unregelmäßigkeit wurde bei dieser Überprüfung jedoch nichts beanstandet.

Demeters privates Steckenpferd war jedoch nach wie vor das Borbély-Projekt; in seinem neuen Amt versuchte er, an die Akten heranzukommen. Diese wurden ihm vom Wirtschaftsbüro zwar zur Einsicht vorgelegt, aber nicht herausgegeben. Später nahm Institutsdirektor Boros die Unterlagen mit.

Im Frühsommer beauftragte das Institut den Rechtsanwalt Gábor Trinn, Borbélys Projektunterlagen ausführlich zu untersuchen und einen Vorschlag zu machen, wie vorzugehen sei. Er erstellte ein Gutachten.

Wohl auf der Grundlage dieses Gutachtens verordnete Akademiepräsident Pálincás Mitte Juni eine Zweituntersuchung, die aber zu einem ähnlichen Ergebnis kam wie die erste, es wurden keine größeren Unregelmäßigkeiten festgestellt.

Mitte Juni verlor Vizedirektor Demeter seine Presseklage gegen die *Népszava*, und im Juli erstattete dann jemand, der seinen Namen nicht an die Öffentlichkeit bringen wollte, bei der Budapester Staatsanwaltschaft Anzeige gegen Borbélys Projekt und schickte gleichzeitig der *Magyar Nemzet* interne Institutsunterlagen zu ([MNO](#)), darunter auch das Trinn-Gutachten. Dieses wurde ebenfalls unter den vertraulichen Institutsakten aufbewahrt, zu denen nur Direktor und Vizedirektor privilegierten Zugang haben. Als ein Journalist der *Magyar Nemzet* eine Woche später versuchte, herauszufinden, wer die Anzeige erstattet hatte, erhielt er von der Staatsanwaltschaft schon die Information, daß der Betreffende seinen Namen nicht öffentlich machen wolle.

Ab September ermittelte das Budapester Polizeipräsidium in dieser Angelegenheit.

### **Wer war Mr. X?**

In der ersten Onlineversion des [Artikels](#) standen noch Namen. Institutsleiter Boros sollte die Anzeige erstattet haben; auch der ehemalige Institutsleiter J.C. Nyíri wurde genannt, der damals Borbélys Projektbewerbung seitens des Instituts unterschrieben hatte. Somit ist anzunehmen, daß der *Magyar Nemzet* auch die Bewerbungsunterlagen zugespielt wurden. In der Printversion des Artikels kamen die beiden Namen schon nicht mehr vor und verschwanden innerhalb weniger Stunden auch aus der Onlineversion.

Im ursprünglichen Text der Anzeige, die der *Magyar Nemzet* zugespielt wurde, war Boros' Name noch enthalten. (Darüber [berichtet](#) der Journalist György Zsombor in seiner Antwort an Boros.)

Nachdem Akademiepräsident Pálincás sich in Hintergrundgesprächen dahingehend



geäußert hatte, daß es aufgrund der von ihm verordneten Untersuchungen keinen ausreichenden Grund für weitere Schritte gebe, ist anzunehmen, daß Boros eine Anzeige nicht riskiert hat. Auch hatte er keinen Grund, sich an Borbély und Gábor zu rächen. Daß es auch um Gábor ging, stellte sich im [zweiten Artikel](#) der *Magyar Nemzet* heraus, wo die Personen namentlich aufgeführt werden, die ausbezahlte Gelder über ihre Firmen abgerechnet hatten, und auch die erhaltenen Summen.

Demeter veröffentlichte auch [selbst einen Artikel](#) gegen Borbély und sein Projekt in der *Magyar Nemzet*. (31.7.) Das politische Motiv taucht dort bereits auf; zwar ohne Namen, doch in Fachkreisen wußte man sofort Bescheid:

*"(...) Doch wie verdienstvoll Projekte auch sind, ich halte es für problematisch, wenn sie auf den international anerkannten Foren in Erscheinung treten, ohne zuvor eine unabhängige Bewertungsprozedur durchlaufen zu haben. Meiner Beobachtung nach sind die Bewertungen in Ungarn wegen der diversen Verflechtungen nur selten aussagekräftig. Warum das so ist, will ich mit einem Gedankenspiel illustrieren. Stellen wir uns einen Entscheidungsmechanismus vor, der es ermöglicht, daß jemand, der lange Jahre keinerlei Arbeit in seinem Fach vorzuweisen hat, weil er führender Beamter in der staatlichen Administration ist, zum Leiter eines Forschungsinstituts avanciert. Stellen wir uns weiterhin vor, daß dieser hypothetische Institutsleiter gleichzeitig für ein Projekt eine außergewöhnlich hohe Fördersumme erhält, von der er zum großen Teil Leute bezahlt, die gleichzeitig wichtige Rollen bei der Regierung einnehmen - sagen wir, eine Beraterfunktion. Wenn dem so wäre, welche Worte fallen dem Leser zur Beschreibung dieses Phänomens ein?"*

*Tamás Demeter*

Borbély war früher tatsächlich hauptberuflich Oberabteilungsleiter im Ministerium für Bildung, Geréby und Gábor waren neben ihrer Forschungs- und Lehrtätigkeit Berater der liberalen Regierung gewesen (Gábor z.B. in Religionsfragen). Dies jedoch nicht im Rahmen eines Anstellungsverhältnisses, und inhaltlich hatte es mit ihrer Arbeit an diesem Projekt nichts zu tun.

Gestern, am 2.2. 2011, wird Demeter in der [Népszava](#) erstmals als Urheber der ersten Anzeige benannt.

### **Die Säuberungen am Institut**

Im Juli wurden alle Mitarbeiter von der neuen Institutsleitung evaluiert, und dabei 15 von 23 Mitarbeitern als "fachlich ungeeignet" qualifiziert. Unter Berufung auf diese Evaluierungen wurden vier Mitarbeiter Ende Oktober entlassen. Der Philosoph Gáspár Miklós Tamás, der bei der Evaluierung zwar nicht mit der Note "ausgezeichnet", aber dennoch durchgekommen war, fragte Institutsleiter Boros bei einem zufälligen Treffen, ob denn wahr sei, was man so höre - daß er ihn in den Ruhestand schicken wolle? Boros bestätigte das. Ende November hätte Tamás die Altersgrenze erreicht, was in Ungarn aber nicht zwangsläufig zur Berentung führt. Das kann der Philosoph, der vor der Wende aus politischen Gründen zehn Jahre arbeitslos war, sich so früh auch gar nicht leisten.

Nach der allgemeinen Empörung behauptete Boros, Tamás gegenüber nichts dergleichen geäußert zu haben.

Gegen die Entlassungen protestierten im November Philosophen und Wissenschaftler aus Nachbardisziplinen; Sándor Radnóti (Betroffener) startete eine [Protestaktion im Internet](#), und Gáspár Miklós Tamás mobilisierte internationale Freunde und Kollegen (Anm.: siehe mein [Post](#)). Nahezu 2000 Unterschriften wurden gesammelt, sowohl von ungarischen Akademikern, Universitätsprofessoren und Forschern als auch von bedeutenden Philosophen und Politikern aus dem Ausland.

Diese Petition haben auch die Betroffenen Ágnes Heller, Mihály Vajda, György Geréby und Kornél Steiger unterschrieben.

### **Institutsleiter Boros und die Unschuldsvermutung**



János Boros

Institutsleiter János Boros sagte der ungarischen Nachrichtenagentur [MTI](#), daß die Fakten und Umstände, die den Ermittlungen des Abrechnungsbeauftragten Budai Gyula zugrunde lägen, der Wahrheit entsprechen. *"Die heimischen Vertreter der Philosophie und die Mitarbeiter des Institutes (...) haben die den ganzen Berufsstand erschütternden Nachrichten über die Verwendung von mehreren hundert Millionen für Forschungen zweifelhafter Qualität (kétes minőségű kutatási felhasználásáról) mit Bestürzung aufgenommen."*

Gleichzeitig spricht er in der Magyar Nemzet (12. 01. 2011, S. 4) von einer Diskreditierungskampagne der betroffenen Philosophen gegen seine Person, worauf [Professor László Tengelyi](#) in einem [Schreiben an internationale Kollegen](#) hingewiesen hat (gefunden bei [Blog Quatsch](#)):

„Früher habe ich nicht verstanden, warum die Mitglieder desjenigen Philosophenkreises, auf dessen Bewerbungsanträge die Zeitung Magyar Nemzet in den letzten Tagen ein Licht geworfen hat, gegen mich eine diskreditierende Kampagne geführt haben. Die Umstände der Bewilligung dieser Bewerbungsanträge und die Bekanntgabe der Summe der Fördergelder können jedoch dafür eine Erklärung geben. Die Betroffenen konnten Angst davor haben, dass ich als Direktor Einsicht in diese außerordentlichen Angelegenheiten nehmen würde – so legte János Boros, der Direktor der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, unserer Zeitung gegenüber seine Meinung dar.“

Soweit Boros, weiter Tengelyi:

„Bitte achten Sie darauf, wie in dieser Äußerung mit der presumption of innocence umgegangen wird. Mit der diskreditierenden Kampagne ist wohl der Umstand gemeint, dass im Herbst 2009 ein Expertengremium und die Mitarbeiter am Philosophischen Institut Herrn János Boros bei seiner Kandidatur zum Direktor des

Philosophischen Instituts einen anderen Kandidaten vorgezogen haben (Anm.: Den Betroffenen György Gábor). Auch eine Debatte in Zeitungen wurde damals über das Profil des Philosophischen Instituts durchgeführt. Herr János Boros äußert hier seine Überzeugung, der zufolge die ihm ungünstigen Stellungnahmen auf eine Aktion von „Mitgliedern desjenigen Philosophenkreises“ zurückgeführt werden könnten, „auf dessen Bewerbungsanträge die Zeitung Magyar Nemzet in den letzten Tagen ein Licht geworfen hat“, und er drückt seine Vermutung darüber aus, dass die Mitglieder dieses Kreises vor ihm als Direktor des Philosophischen Instituts der Ungarischen Akademie der Wissenschaften Angst gehabt hätten, da sie ihre Verbrechen verbergen oder vertuschen wollten.“

### **Die siegreiche "konservative Revolution" und ihr Chefideologe**

Chefideologe der völkischen Wende in Ungarn scheint derzeit der Philosoph Prof. J. C. Nyíri zu sein - eben der zwischen 1995 und 2005 amtierende Institutsleiter, der Boros und Demeter ins Amt gehievt haben soll. Die Tage äußerte er sich in einem [langen Gespräch im regierungsnahem HírTV](#) zu den Philosophenprozessen.



J.C. Nyíri

Den betroffenen Philosophen wirft er dort indirekt vor, nicht auf internationalem Niveau zu arbeiten und nicht genügend internationale Publikationen vorweisen zu können - dies ausgerechnet Ágnes Heller, Mihály Vajda und Sándor Radnóti. Daß sie damals in den Westen kamen, liegt laut Nyíri nur daran, daß sie Günstlinge der Kádár-Ära gewesen seien; ihre Stellen im Ausland bezeichnet er als "den Nettogewinn ihres Widerstands." So werden aus Dissidenten der Vorwendezeit, die wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit des Landes verwiesen wurden, rückwirkend Agenten und Profiteure des alten Systems.

Laut Nyíri ist all den betroffenen Philosophen gemeinsam, dass sie „aus einer Art existenzieller Faulheit heraus dazu neigten, links zu denken“, weil sie quasi gewohnt seien, vom „fürsorglichen“ Staat alimentiert zu werden. Dies führt er auf die alte These zurück, dass das gesellschaftliche Sein das Bewusstsein bestimme, was inzwischen jedoch überholt sei. Entschieden wichtig dagegen sei das Bewusstsein für das gesellschaftliche Sein, was in einem Staat mit einer rechtsorientierten Regierung bedeute, dass auch die Philosophen ihr Schicksal in die eigene Hand nehmen müssten.

Für Nyíri steht die konservative Philosophie „auf einer meritokratischen und nicht auf einer demokratischen Basis“. Sie besage, dass die verdienten Rechte (Stichwort Meritum) es sind, die das Vorankommen des Einzelnen in der Gesellschaft sichern. „Ich würde sogar die These aufstellen“, fügt er hinzu, „dass die Demokratie ein ausge-

zeichnetes Mittel ist, um die Meritokratie zu stabilisieren“, sie sei aber „nur ein Mittel, und nicht immer ein brauchbares“. Die linke Denkweise sei grundsätzlich egalitär, und die liberale in dem Sinne freiheitlich, dass man alles tun dürfe.

Schließlich kommt Nyíri zur Kernaussage: Das, was in Ungarn passiert sei, würde er „Konservative Revolution“ nennen. Ein „anderes Wertesystem“ sei durch die Wahlen in Ungarn an die Macht gekommen und müsse jetzt stabilisiert werden.

Dabei habe die konservative Elite eine große Verantwortung. Die kulturellen, politischen, wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Eliten müssten mit gutem Beispiel vorangehen, so dass die Ideologie von oben nach unten schließlich als „gesunkenes Kulturgut“ alle Gesellschaftsschichten ergreife. Die große Aufgabe, die zugleich eine immense Herausforderung für die Philosophie bedeute, liegt für ihn daher genau darin, die Rahmenbedingungen dieser neuen Denkweise zu erschaffen.

Wofür Boros und Demeter im philosophischen Institut der MTA mittlerweile ja beste Voraussetzungen geschaffen hätten.

*(Für diesen letzten Abschnitt danken wir Magdalena Marsovszky.)*

J.C. Nyíri hat die Tage seine [Veröffentlichungsliste im Internet](#) neu sortiert. Während bisher vor allem moderne Kommunikationsformen, insbesondere das Handy und das Internet seinen Forschungsschwerpunkt bildeten, präsentiert er sich neuerdings verstärkt mit seinen Beiträgen zum Thema Konservativismus.

Interessantes Timing.

### **Fazit**

In Ungarn hat ein Machtwechsel stattgefunden. Die neue Elite kriminalisiert die alte und schreibt die Vergangenheit neu. Dabei arbeiten die neu besetzten staatlichen Stellen, die regierungsnahen Presse und der Abrechnungsbeauftragte der Regierung Hand in Hand.

Ob auch die ungarische Justiz diese politischen Schauprozesse mitträgt, bleibt abzuwarten.